

Hugin Freiherr von Greim

Die Hoßbach-Niederschrift

Institut für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

Hugin Freiherr von Greim

Die Hoßbach-Niederschrift

© Institut für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung
1.Auflage (6/2010)

Inhalt :

Das „ Hoßbach-Protokoll"	S. 4
Das Dokument	S. 7
Dokumentenkritik der Hoßbach-Niederschrift	S. 12

Das „Hoßbach-Protokoll“

Hitlers Ansprache vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht. Das sogenannte „Protokoll“ ist weder im Original noch als Abschrift greifbar oder greifbar gewesen[1]. Es existiert lediglich die Fotokopie einer Schreibmaschinen-Abschrift, die ohne Unterschrift im Jahre 1945 den Amerikanern aus privater Hand (Quelle blieb unbekannt) zugeschoben worden ist. Diese Fotokopie gilt seitdem der Wahrheit zuwider als ‚in den Archiven der deutschen Regierung aufbewahrt und auch dort erbeutet. Diese Fotokopie wurde zum Anklagedokument aufgewertet und erhielt die Signatur „386 PS-Beweisstück US 25[2]. Der „Protokollant“ Oberst Hoßbach, Angehöriger des Widerstandes gegen Hitler, steht nach eigener Angabe „nicht für jedes Wort ein“ und hat sich geweigert, die von der IMT-Anklagebehörde vorgelegte „Fotokopie der Schreibmaschinenabschrift“ - PS 386 - als identisch mit seiner originalen handschriftlichen Aufzeichnung zu beglaubigen[1]. Er erklärte als Zeuge im IMT-Prozeß:

„Auf welche Weise eine oder mehrere Schreibmaschinenabschriften meiner einmaligen handschriftlichen Niederschrift zustande gekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.“[3]

Die Öffentlichkeit weiß es heute noch nicht. Tatsache ist, daß offiziell kein Protokoll geführt worden ist und daß Oberst Hoßbach erst fünf Tage nach der Besprechung die Ausführungen Hitlers aus dem Gedächtnis handschriftlich aufgezeichnet hat. Aus welchem Grunde er dies tat, blieb ungeklärt; einen Auftrag hatte er nicht. Hoßbach konnte nicht stenographieren, er hatte auch keine Notizen während der Besprechung gemacht und war somit zu einer wortgetreuen und vollinhaltlichen Wiedergabe der Sitzung nicht in der Lage. Er blieb auf sein Gedächtnis angewiesen, wie er in seiner eidesstattlichen Erklärung vom 18. 6. 1946 selbst bekannte[4]. Diese ‚sinngemäße Niederschrift‘ ist um so zweifelhafter, als bereits am gleichen 5. 1. 1937 Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskriegsminister V. Blomberg und dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring, darüber bestanden, was Hitler eigentlich gesagt und gewollt hat[5]. Die Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Marine, Göring und Generaladmiral Dr. h. C. Raeder, waren bereits vor der Besprechung darüber informiert worden, daß Hitler lediglich die Mängel der Heeresrüstung energischer beheben wollte[6]. Der Generaloberst und spätere Generalfeldmarschall V. Brauritsch hat von der Unterredung überhaupt erst in Nürnberg 1945 erfahren [7]. Weder der Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Beck noch der Oberbefehlshaber des Heeres (bis 1938), Generaloberst V. Fritsch hatten diese Unterredung für gewichtig genug gehalten, um V. Brauritsch als nachfolgenden Oberbefehlshaber des Heeres davon zu unterrichten[8]. Ein nachträgliches Aufbauschen der Bedeutung dieser Unterredung wird allein schon hierdurch unglaubwürdig. Die Ausführungen Hitlers beruhen auf hypothetischen Erwägungen, die aus einem eventuellen Krieg zwischen Großbritannien und Italien für eine deutsche Politik erwachsen könnten. Von der Planung eines Angriffskrieges oder gar eines Weltkrieges war keine Rede. Daher konnte auch den Oberbefehlshabern keine Entscheidung für ein derartiges Ziel auferlegt worden sein. Ein konkreter Plan wurde weder angeregt noch entworfen. Nicht einmal die außenpolitischen Richtlinien für die kommenden Jahre wurden festgelegt, sondern lediglich Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und Reaktionen hierauf angedeutet. Im übrigen hatte Reichskriegsminister V. Blomberg die Initiative für diese Besprechung ergriffen, ‚um Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskriegsminister und dem Beauftragten des 4-Jahres-Planes hinsichtlich der Zuteilung von Rohstoffen an die drei Wehrmachtteile zur Entscheidung Hitlers zu bringen [9]. Die Behauptung, daß Hitler diesen Anlaß und dieses Gremium (V. Blomberg, V. Fritsch, Raeder, Göring Reichsaußenminister Freiherr V. Neurath [10] für ‚testamentarische Hinterlassenschaften‘ gewählt habe, ist nicht überzeugend. Der vom IMT vorgelegten Fotokopie zufolge soll Hitler einleitend die Anwesenden gebeten haben, seine Ausführungen als ‚testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen. Es ist jedoch sinnwidrig, daß sich Hitler, der sich nur einiger Notizen bediente, ausgerechnet den Kreis der fünf (einschließlich Hoßbach sechs) Anwesenden ausgesucht haben sollte - nicht einmal seinen Stellvertreter Rudolf Heß -, um ihnen ohne schriftliche Fixierung ein ‚Vermächtnis zu übermitteln, das auf wesentliche Fragen noch nicht einmal eine Antwort vorsah. Hermann Göring:

„Soweit das Wort ‚Testament‘ gebraucht worden ist, widerspricht dieses völlig der Auffassung des

Führers."[11]

Gleichermaßen sinnwidrig dem ausgewiesenen Inhalt nach ist, daß Hitler zweimal abgelehnt hat, Hoßbachs Aufzeichnungen zu unterzeichnen, da er „vor der Hand keine Zeit habe“[12].

Ferner finden sich - in auffallendem Gleichklang - sowohl im Hoßbach-Protokoll als auch in anderen „Schlüsseldokumenten“ Zusammenhänge, die zur Zeit der betreffenden Konferenz noch gar nicht vorlagen, sondern sich erst später ergeben haben: Wenn hier im „Hoßbach-Protokoll“ z. B. unterstellt wird, Hitler habe davon gesprochen, daß sich eine französische Offensive voraussichtlich an unseren Westbefestigungen festlaufen werde, so hätte er so etwas erst nach der Fertigstellung des Westwalles sagen können. Der Bau dieses Westwalles, der zwar schon 1936 eingeleitet und 1937 mit einer Laufzeit von 12 Jahren begonnen wurde, sollte jedoch erst auf Grund der tschechischen Mobilmachung im Mai 1938 beschleunigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte von einem Schutzwall noch keine Rede sein.[13]

Ein weiteres Kennzeichen für die Fälschung dieser Fotokopie ist darin zu erblicken, daß sie inhaltlich nicht mit der ohnehin von keinem Regierungsmitglied gekannten, geschweige denn gegengezeichneten Originalniederschrift identisch sein kann, weil sie, abgesehen von der entstellten Wiedergabe und einigen erfundenen Zusätzen, auch noch inhaltlich gekürzt ist. So fehlt z. B. die Debatte zwischen Göring, V. Blomberg und V. Fritsch.

Prof. Alan Taylor :

„Warum hielt Hitler die Konferenz ab? Diese Frage wurde in Nürnberg nicht gestellt. Sie wurde auch nicht von den Historikern gestellt. . . .

Diese Konferenz am 5. 11. 1937 war eine seltsame Versammlung. Nur Göring war ein Nazi. Die anderen waren Konservative alten Stils, die in ihrem Amt geblieben waren, um Hitler unter Kontrolle zu halten. Alle, mit Ausnahme von Raeder, sollten innerhalb von drei Monaten von ihren Posten entlassen werden. Hitler wußte, daß alle, mit Ausnahme von Göring, seine Opponenten waren. . . .

Warum offenbarte er seine inneren Gedanken Männern, denen er mißtraute und die er kurz darauf entlassen sollte? Diese Frage hat eine einfache Antwort: er offenbarte nicht seine inneren Gedanken. Es gab keine außenpolitische Krise, die eine breite Diskussion oder klärende Entscheidung herausgefordert hätte. Die Konferenz war ein Manöver in inneren Angelegenheiten."[14]

Aus dieser Analyse ist ersichtlich: Das sogenannte „Hoßbach-Protokoll“ liefert keinen Nachweis dafür, daß Hitler eine „Verschwörung gegen den Frieden geplant hat; es ist im Gegenteil ein Musterbeispiel dafür, wie die Nachkriegs-„Justiz“ und ihre Propaganda-„Historikern“ gezwungen waren, auf Niederschriften von deutschen Widerständlern zurückzugreifen und diese noch zu verfälschen und aufzubauschen, um einer solchen Anklage einen Schein des Rechts geben zu können.

Nachweise:

[1] G. Meinck „Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937“ S. 236.

[2] Festschrift für Herbert Kraus „Mensch und Staat in Recht und Geschichte“ hrsg. V. Göttinger Arbeitskreis S. 445. Beitrag V. H. G. Seraphim „Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung“.

[3] IMT Bd. XLII S. 228 ff.

[4] IMT Bd. XXI S. 422.

In seinem Buch „Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg“ S. 28 erwähnt Hoßbach in Widerspruch zu seiner IMT-Erklärung, daß er sich während der Sitzung Notizen gemacht habe. Desgleichen in seinem Buch „Zwischen Wehrmacht und Hitler“ S. 217 f.

[5] IMT Bd. XXVIII S. 355 Dok. PS-1780.

[6] IMT Bd. XIV S. 44 ff.

[7] IMT Bd. XX S. 620.

[8] P. Bor „Gespräche mit Halder“ S. 113.

[9] F. Hoßbach „Zwischen Wehrmacht und Hitler“ S. 137.

[10] Oberst i. G. Hoßbach war in seiner Eigenschaft als Generaladjutant Hitlers ebenfalls anwesend.

[11] IMT Bd. IX S. 344.

[12] F. Hoßbach „Zwischen Wehrmacht und Hitler“ S. 219

[13] B. Müller-Hillebrand „Das Heer 1933-1945“ Bd. I S. 39.

[14] A. J. P. Taylor „The Origins of the Second World War“ S. 133.

vgl. W. Bross „Gespräche mit Hermann Göring während des Nürnberger Prozesses“ S. 188 - Zweck des Vortrages sei gewesen, „den Generalen etwas Dampf unter die Hosen zu machen, da sie noch allzu sehr im engen Denken des 100 000-Mann-Heeres befangen waren. Sie kannten ja nur die Verteidigung, inhaltenden Widerstand, Einhalten der Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und Abwarten, was der Völkerbund bei einem Angriff eines Nachbarn machen würde.“

Das Dokument



Dokument | S. XI. 1937

Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei

am 3. November 1937 von 16.15 — 20.30 Uhr

Berlin, den 10. November 1937

Anwesend: Der Führer und Reichkanzler,
der Reichkriegsminister Generalfeldmarschall v. Blomberg,
der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Freiherr von Frick,
der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Dr. h. c. Raeder,
der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Generaloberst Göring,
der Reichminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath,
Oberst Hoffbach.

Der Führer stellte einleitend fest, daß der Gegenstand der heutigen Besprechung von besonderer Bedeutung sei, daß dessen Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehörte, er — der Führer — sähe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem großen Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Seine nachfolgenden Ausführungen seien das Ergebnis eingehender Überlegungen und der Erfahrungen seiner viereinhalbjährigen Regierungszeit; er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten unserer außenpolitischen Lage auseinandersetzen, wobei er im Interesse einer auf weite Sicht eingestellten deutschen Politik seine Ausführung als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen bitte. Der Führer führte sodann aus:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volkmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes.

Die deutsche Volkmasse verfüge über 85 Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle, wie er in keinem anderen Land wieder anzutreffen sei und wie er andererseits das Anrecht auf größeren Lebensraum mehr als bei anderen Völkern in sich schliesse. Wenn kein dem deutschen Rassekern entsprechendes politisches Ergebnis auf dem Gebiet des Raumes vorläge, so sei das eine Folge mehrhundertjähriger historischer Entwicklung und bei Fortdauer dieses politischen Zustandes die größte Gefahr für die Erhaltung des deutschen Volkstums auf seiner jetzigen Höhe. Ein Aufhalten des Rückganges des Volkstums in Österreich und in der Tschechoslowakei sei ebenso wenig möglich als die Erhaltung des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstums setze Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müßten, weil politische und weltanschauliche Lösen nur so lange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumnot bedingt, eine solche Lösung könne naturgemäß nur für eine abschärbare, etwa 2 — 3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden.

Bevor er sich der Frage der Behebung der Raumnot zuwende, sei die Überlegung anzustellen, ob im Wege der Autarkie oder einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft eine zukunftsreiche Lösung der deutschen Lage zu erreichen sei.

Autarkie

Durchführung nur möglich bei strenger nationalsozialistischer Staatsführung, welche die Voraussetzung sei; als Resultat der Verwirklichungsmöglichkeit sei festzustellen:

A. Auf dem Gebiet der Rohstoffe nur bedingte, nicht aber totale Autarkie.

1. Soweit Kohle zur Gewinnung von Rohprodukten in Betracht komme, sei Autarkie durchführbar.
2. Schon auf dem Gebiet der Erze Lage viel schwieriger. Eisenbedarf = Selbstdeckung möglich und Leichtmetall, bei anderen Rohstoffen — Kupfer, Zinn dagegen nicht.
3. Fasertstoffe = Selbstdeckung, soweit Holzvorkommen reicht. Eine Dauerlösung nicht möglich.
4. Ernährungsfette möglich.

B. Auf dem Gebiet der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten „nein“ zu beantworten.

Mit der allgemeinen Steigerung des Lebensstandards sei gegenüber den Zeiten vor 30 — 40 Jahren eine Steigerung des Bedarfs und ein gesteigerter Eigenkonsum auch der Produzenten, der Bauern, Hand in Hand gegangen. Die Erlöse der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung seien in die Deckung der Bedarfssteigerung übergegangen, stellten daher keine

absolute Erzeugungsteigerung dar. Eine weitere Steigerung der Produktion unter Anspannung des Bodens, der infolge der Kunstdüngung bereits Ermüdungserscheinungen aufweist, sei kaum noch möglich und daher sicher, daß selbst bei höchster Produktionssteigerung eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen sei. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Anstieg von Devisen zur Sicherstellung der Ernährung durch Einfuhr steigere sich bei Mißernten zu katastrophalem Ausmaß. Die Möglichkeit der Katastrophe wachse in dem Maße der Bevölkerungszunahme, wobei der Geburtenüberschuß von jährlich 500.000 auch insofern einen erhöhten Brotkonsum im Gefolge habe, da das Kind ein stärkerer Brotesser als der Erwachsene sei.

Den Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandards und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich. Seitdem mit Lösung des Arbeitslosenproblems die volle Konsumkraft in Wirkung getreten sei, wären wohl noch kleine Korrekturen unseres landwirtschaftlichen Eigenproduktion, nicht aber eine tatsächliche Änderung der Ernährungsgrundlage möglich. Damit sei die Autarkie sowohl auf dem Ernährungsgebiet als auch in der Totalität hinwäg.

Beteiligung an der Weltwirtschaft:

Ihr seien Grenzen gezogen, die wir nicht zu beheben vermöchten. Einer sicheren Fundierung der deutschen Lage ständen die Konjunkturschwankungen entgegen, die Handelsverträge böten keine Gewähr für die praktische Durchföhrung. Insbesondere sei grundsätzlich zu bedenken, daß seit dem Weltkrieg eine Industrialisierung gerade früherer Ernährungsausfuhrländer stattgefunden habe. Wir lebten im Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand näherte, bei Japan und Italien lägen dem Ausdehnungsdrang wirtschaftliche Motive zugrunde, ebenso wie auch für Deutschland die wirtschaftliche Not den Antrieb bilden würde. Für Länder außerhalb der großen Wirtschaftskreise sei die Möglichkeit wirtschaftlicher Expansion besonders erschwert.

Der durch die Rüstungskonjunktoren verursachte Auftrieb in der Weltwirtschaft könne niemals die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Regelung für einen längeren Zeitraum bilden, welche letzterer vor allem auch die vom Bolschewismus ausgehenden Wirtschaftserstörungen im Wege stünde. Es sei eine ausgesprochene militärische Schwäche derjenigen Staaten, die ihre Existenz auf dem Außenhandel aufbauten. Da unser Außenhandel über die durch England beherrschten Seengebiete führe, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transportes als eine solche der Devisen, woraus die große Schwäche unserer Ernährungssituation im Kriege erhellte. Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe läge in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes, ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. Daß dieses Streben in Gerd und bei den gesättigten Staaten keinem Interesse begegne, sei selbstverständlich. Wenn die Sicherheit unserer Ernährungslage im Vordergrund stünde, so könne der hierfür notwendige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber ausgehend von liberalistisch-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien. Es handle sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluß an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse. Was darüber hinaus in späteren Zeiten notwendig werden sollte, müsse nachfolgenden Geschlechtern überlassen bleiben. Die Entwicklung großer Weltgebilde gehe man einmal langsam vor sich, das deutsche Volk mit seinem starken Rassekern finde hierfür die günstigsten Voraussetzungen inmitten des europäischen Kontinents. Daß jede Raumerweiterung nur durch Begehen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten — Römisches Weltreich, Englisches Empire — bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stets auf den Besitzer.

Für Deutschland laute die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erzielen sei.

Die deutsche Politik habe mit den beiden Haßgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starkes deutsches Kolos inmitten Europas ein Dorn im Auge sei, wobei beide Staaten eine weitere deutsche Erstärkung sowohl in Europa als auch in Übersee ablehnten und sich in dieser Ablehnung auf die Zustimmung aller Parteien stützen könnten. In der Errichtung deutscher militärischer Stützpunkte in Übersee sähen beide Länder eine Bedrohung ihrer Überseeverbindungen, eine Sicherung des deutschen Handels und rückwirkend eine Stärkung der deutschen Position in Europa.

England könne aus seinem Kolonialbesitz infolge des Widerstandes der Dominien keine Abtretungen an uns vornehmen. Nach dem durch Übergang Abyssiniens in italienischen Besitz eingetretenen Prestigeverlust Englands sei mit einer Rückgabe Ostafrikas nicht zu rechnen. Das Entgegenkommen Englands werde sich bestenfalls in dem Anheiratenellen äußern, unsere kolonialen Wünsche durch Wegnahme solcher Kolonien zu befriedigen, die sich z. B. in nicht englischen Besitz befinden — z. B. Angola —. In der gleichen Linie werde sich das französische Entgegenkommen bewegen. Eine ernsthafte Diskussion wegen der Rückgabe von Kolonien an uns käme nur zu einem Zeitpunkt in Betracht, in dem England sich in einer Notlage befände und das deutsche Reich stark und gerüstet sei. Die Auffassung, daß das Empire unerschütterlich sei, teile der Führer nicht. Die Widerstände gegen das Empire lägen weniger in

den eroberten Ländern als bei den Konkurrenten. Das Empire und das Römische Weltreich seien hinsichtlich der Dauerhaftigkeit nicht vergleichbar; dem letzteren habe seit dem punischen Kriege kein machtpolitischer Gegner ernsthafteren Charakters gegenüber gestanden. Erst die vom Christentum ausgehende auflösende Wirkung und die sich bei jedem Staat einstellenden Alterserscheinungen hätten das alte Rom dem Ansturm der Germanen erliegen lassen.

Neben dem englischen Empire ständen schon heute eine Anzahl ihm überlegener Staaten. Das englische Mutterland sei nur im Bunde mit anderen Staaten, nicht aus eigener Kraft in der Lage, seinen Kolonialbesitz zu verteidigen. Wie solle England allein z. B. Kanada gegen einen Angriff Amerikas, seine ostasiatischen Interessen gegen einen solchen Japans verteidigen?

Das Herausstellen der englischen Krone als Träger des Zusammenhaltes des Empire sei bereits das Eingeständnis, daß das Weltreich machtpolitisch auf die Dauer nicht zu halten sei. Bedeutungsvolle Hinweise in dieser Richtung seien:

- a) Das Streben Irlands nach Selbständigkeit.
- b) Die Verfassungskämpfe in Indien, wo England durch seine halben Maßnahmen den Indem die Möglichkeit eröffnet habe, späterhin die Nichterfüllung der verfassungsrechtlichen Versprechungen als Kampfmittel gegen England zu benutzen.
- c) Die Schwächung der englischen Position in Ostasien durch Japan.
- d) Der Gegensatz im Mittelmeer zu Italien, welches — unter Berufung auf seine Geschichte, getrieben aus Not und geführt durch ein Genie — seine Machtstellung ausbaue und sich hierdurch in zunehmendem Maße gegen englische Interessen wenden müsse. Der Ausgang des abessinischen Krieges sei ein Prestigeverlust Englands, den Italien durch Schürren in der mohammedanischen Welt zu verbessern bestrebt sei.

In Summa sei festzustellen, daß trotz aller ideeller Festigkeit das Empire machtpolitisch auf die Dauer nicht mit 45 Millionen Engländern zu halten sei. Das Verhältnis der Bevölkerungszahl des Empires zu der des Mutterlandes von 9 : 1 sei eine Warnung für uns, bei Raumerweiterung nicht die in der eigenen Volkszahl liegende Plattform zu gering werden zu lassen.

Die Stellung Frankreichs sei günstiger als die Englands. Das französische Reich sei territorial besser gelagert, die Einwohner seines Kolonialbesitzes stellten einen militärischen Mitwachst dar. Aber Frankreich gehe innenpolitischen Schwierigkeiten entgegen. Im Leben der Völker nehmen die parlamentarische Regierungsform etwa 10 %, die autoritäre etwa 90 % der Zeit ein. Immerhin seien heute in unsere politischen Berechnungen als Machtfaktoren einzusetzen: England, Frankreich, Rußland und die angrenzenden kleineren Staaten.

Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrichs des Großen um Schlesiens und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen, und die Schwelgerei des preussischen Handels 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluß zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der Fragen „wann“ und „wie“. Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden:

Fall 1: Zeitpunkt 1943 — 1945.

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten.

Die Aufrüstung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierkorps seien annähernd beendet. Die materielle Ausstattung und Bewaffnung seien modern, bei weiterem Zuwarten läge die Gefahr ihrer Veralterung vor. Besonders der Gehörhaltungsschutz der „Sonderwaffen“ ließe sich nicht immer aufrecht erhalten. Die Gewinnung von Reservisten beschränke sich auf die laufenden Rekrutenjahrgänge, ein Zusatz aus älteren unausgebildeten Jahrgängen sei nicht mehr verfügbar.

Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeführten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reservisten jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein „Schwächungsmoment des Regimes“ zu erblicken. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegelte, seien wir zur Offensive gezwungen. Wie die Lage im den Jahren 1943/45 tatsächlich sein würde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, daß wir nicht länger warten können.

Auf der einen Seite die große Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihrer Unterhaltung, das Alterwerden der Bewegung und ihrer Führer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandards und auf Geburtenbeschränkung ließen keine andere Wahl als zu handeln. Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 käme im Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2:

Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, daß durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechen gekommen.

Fall 3:

Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, daß es gegen Deutschland nicht „vorgehen“ kann.

Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Entwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niedertzwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, daß die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich um den Krieg erklären würde. In dem Maße unserer Schwächung würde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen Angriff nach Schlesien, nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen könnte.

Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland — Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden. Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange Geltung, als Deutschlands Stärke unerschüttert sei, bei deutschen Rückschlägen müsse ein Vorgehen Polens gegen Ostpreußen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden.

Bei Annahme einer Entwicklung der Situation, die zu einem planmäßigen Vorgehen unsererseits in den Jahren 1942/43 führe, sei das Verhalten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Rußlands voraussichtlich folgendermaßen zu beurteilen:

An sich glaube der Führer, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, daß diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde. Die Schwierigkeiten des Empires und die Aussicht, in einen lang währenden europäischen Krieg erneut verwickelt zu werden, seien bestimmend für eine Nichtbeteiligung Englands an einem Kriege gegen Deutschland. Die englische Haltung werde gewiß nicht ohne Einfluß auf die Frankreichs sein. Ein Vorgehen Frankreichs ohne die englische Unterstützung und in der Voraussicht, daß seine Offensive an unseren Westbefestigungen sich festlaufe, sei wenig wahrscheinlich. Ohne die Hilfe Englands sei auch nicht mit einem Durchmarsch Frankreichs durch Belgien und Holland zu rechnen, der auch bei einem Konflikt mit Frankreich für uns außer Betracht bleiben müsse, da es in jedem Fall die Feindschaft Englands zur Folge haben müßte. Naturgemäß sei eine Abriegelung im Westen in jedem Fall während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich notwendig. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechei von Jahr zu Jahr an Stärke zunehmen und daß auch eine Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfinde. Wenn auch die Besiedelung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 3 — 6 000 000 Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, daß eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von 2, aus Österreich von 1 000 000 Menschen zur Durchführung gelange. Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militär-politisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 2 000 000 Einwohner eine neue Division entfalle.

Von der Seite Italiens seien gegen die Beseitigung der Tschechei keine Einwendungen zu erwarten, wie dagegen seine Haltung in der Österreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung und sei wesentlich davon abhängig, ob der Duce noch am Leben sei. Das Maß der Überraschung und der Schnelligkeit unseres Handelns sei für die Stellungnahme Polens entscheidend. Gegen ein siegreiches Deutschland wird Polen — mit Rußland im Rücken — wenig Neigung haben, in den Krieg einzutreten.

Einem militärischen Eingreifen Rußlands müsse durch die Schnelligkeit unserer Operationen begegnet werden; ob ein solches überhaupt in Betracht kommen werde, sei angesichts der Haltung Japans mehr als fraglich.

Trete der Fall 2 — Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg — ein, so sei infolge Ausfalles des gefährlichsten Gegners die Lage jederzeit zum Schlag gegen die Tschechei auszunutzen.

In gewisserer Nähe sähe der Führer den Fall 3 gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei.

Nach den bisherigen Erfahrungen beim Verlauf der kriegerischen Ereignisse in Spanien sähe der Führer deren baldige Beendigung noch nicht bevorstehend. Berücksichtige man den Zeitaufwand der bisherigen Offensiven Francos, so könne eine Kriegsdauer von etwa noch 3 Jahren im Bereich der Möglichkeit liegen. Andererseits sei vom deutschen Standpunkt ein hundertprozentiger Sieg Francos auch nicht erwünscht; wir seien vielmehr an einer Fortdauer des Krieges und der Erhaltung der Spannungen im Mittelmeer interessiert. Franco im ungeteilten Besitz der spanischen Halbinsel, schalte die Möglichkeit weiterer italienischer Einmischung und den Verbleib Italiens auf den Balearen aus. Da unser Interesse auf die Fortdauer des Krieges in Spanien gerichtet sei, müsse es Aufgabe unserer Politik in nächster Zeit sein, Italien dem Rücken für weiteren Verbleib auf den Balearen zu stärken. Ein Festsetzen der Italiener auf den Balearen sei aber weder für Frankreich noch für England tragbar und könne zu einem Kriege Frankreichs und Englands gegen Italien führen, wobei Spanien — falls völlig in weißer Hand —

an der Seite der Gegner Italiens auf den Plan treten könne. In einem solchen Krieg sei ein Untertreten Italiens wenig wahrscheinlich. Zur Ergänzung seiner Rohstoffe stehe der Weg über Deutschland offen. Die militärische Kriegführung seitens Italiens stelle der Führer sich derzeit vor, daß es an seiner Westgrenze gegen Frankreich defensiv bleibe und den Kampf gegen Frankreich aus Libyen heraus gegen die nordafrikanischen französischen Kolonialbesitzungen führe.

Da eine Landung französisch-englischer Truppen an den Küsten Italiens ausscheiden und eine französische Offensive über die Alpen nach Oberitalien sehr schwierig sein dürfte und sich voraussichtlich an den starken italienischen Befestigungen festlaufen würde, läge der Schwerpunkt der Handlungen in Nordafrika. Die Bedrohung der französischen Transportwege durch die italienische Flotte werde in starkem Umfang den Transport von Streitkräften aus Nordafrika nach Frankreich lahm legen, so daß Frankreich an den Grenzen gegen Italien und Deutschland nur über die Streitkräfte des Heimatlandes verfüge.

Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage ausnutze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß England — im Kriege mit Italien liegend — sich nicht zu einem Vorgehen gegen Deutschland entschließen würde. Ohne die englische Unterstützung sei eine kriegerische Handlung Frankreichs gegen Deutschland nicht zu erwarten.

Der Zeitpunkt unseres Angriffs auf die Tschechei und Österreich müsse abhängig von dem Verlauf des italienisch-englisch-französischen Krieges gemacht werden und läge nicht etwa gleichzeitig mit der Eröffnung der kriegerischen Handlungen dieser drei Staaten. Der Führer denke auch nicht an militärische Abmachungen mit Italien, sondern wolle in eigener Selbständigkeit und unter Ausnutzung dieser sich nur einmal bietenden günstigen Gelegenheit den Feldzug gegen die Tschechei beginnen und durchführen, wobei der Oberfall auf die Tschechei „blitzartig schnell“ erfolgen müsse.

Feldmarschall von Blomberg und Generaloberst von Fritsch wiesen bei der Beurteilung der Lage wiederholt auf die Notwendigkeit hin, daß England und Frankreich nicht als unsere Gegner auftreten dürften, und stellten fest, daß durch den Krieg gegen Italien das französische Heer nicht in dem Umfange gebunden sei, daß es nicht noch mit Überlegenheit an unserer Westgrenze auf den Plan treten könne. Die mutmaßlich an der Alpengrenze gegenüber Italien zum Einsatz gelangenden französischen Kräfte veranschlagte Generaloberst von Fritsch auf etwa 20 Divisionen, so daß immer noch eine starke französische Überlegenheit an unserer Westgrenze bleibe, der als Aufgabe nach deutschem Denken der Eisenmarsch in das Rheinland zu unterstellen sei, wobei noch besonders der Vorsprung Frankreichs in der Mobilmachung in Bedenken zu stellen und zu berücksichtigen sei, daß abgesehen von dem ganz geringen Wert unseres derzeitigen Standes der Befestigungsanlagen — worauf Feldmarschall von Blomberg besonders hinwies — die für den Westen vorgesehenen vier (motorisierten) Divisionen mehr oder weniger bewegungsunfähig seien. Hinsichtlich unserer Offensive nach Südosten machte Feldmarschall von Blomberg nachdrücklich auf die Stärke der tschechischen Befestigungen aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginot-Linie angenommen hätte und unseren Angriff aufs Äußerste erschwere.

Generaloberst von Fritsch erwähnte, daß es gerade Zweck einer durch ihn angeordneten Studie dieses Winters sei, die Möglichkeiten der Führung der Operationen gegen die Tschechei unter besonderer Berücksichtigung der Überwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen; der Generaloberst beachte ferner zum Ausdruck, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen davon absehen müsse, seinen am 10. 11. beginnenden Auslandsurlaub durchzuführen. Diese Absicht lehnte der Führer mit der Begründung ab, daß die Möglichkeit des Konfliktes noch nicht als so nahe bevorstehend anzusehen sei. Gegenüber dem Einwand des Außenministers, daß ein italienisch-englisch-französischer Konflikt noch nicht in so greifbarer Nähe sei, als es der Führer anzunehmen schiene, stellte der Führer als den ihm hierfür möglich erscheinenden Zeitpunkt den Sommer 1938 hin. Zu den seitens des Feldmarschalls von Blomberg und des Generalobersten von Fritsch hinsichtlich des Verhaltens Englands und Frankreichs angestellten Überlegungen äußerte der Führer in Wiederholung seiner bisherigen Ausführungen, daß er von der Nichtbeteiligung Englands überzeugt sei und daher an eine kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland nicht glaube. Sollte der in Rede stehende Mittelmeerkonflikt zu einer allgemeinen Mobilmachung in Europa führen, so sei unsererseits sofort gegen die Tschechei anzutreten, sollten dagegen die am Kriege nicht beteiligten Mächte ihr Desinteressenment erklären, so habe sich Deutschland diesem Verhalten zunächst anzuschließen.

Generaloberst Göring hielt angesichts der Ausführungen des Führers es für geboten, zu einem Abbau unseres militärischen Spaniensunternehmens zu denken. Der Führer stimmt dem insoweit zu, als er den Entschluß einem geeigneten Zeitpunkt vorbehalten zu glauben solle. Der zweite Teil der Besprechungen befaßte sich mit materiellen Rüstungsfragen.

Für die Richtigkeit:

gen. Hoffbach

Oberst d. G.

Dokumentenkritik der Hoßbach-Niederschrift

Bei dem aufgezeigten „Hoßbachprotokoll“, dessen Fälschung für jedermann ersichtlich sein sollte, handelt es sich um eines der „Schlüsseldokumente“, auf denen die Anklage und das gesamte Verfahren vor dem Internationalen Militärtribunal 1946 in Nürnberg aufgebaut war.

Im Folgenden eine Einzelpunkt-Analyse der „Hoßbach-Niederschrift“ im Zusammenhang mit den Ereignissen am 15.3.1939, die jeder gern erweitern mag:

*... er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten unserer außenpolitischen Lage auseinandersetzen,...wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse. ...
...Der Führer führte sodann aus: Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und derer Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes. ...*

...Ein Aufhalten des Rückgangs des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei sei ebenso wenig möglich als die Erhaltung des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstum setzt Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müßten, weil politische und weltanschauliche Ideen nur solange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumfrage bedingt,...

Daß eine weltanschaulich Idee sich nur solange halten kann, wie sie dem Volke von Nutzen ist (will man Gewalt gegen das eigene Volk ausschließen) enthält eine nachvollziehbare Logik.

...Bevor er sich der Frage der Behebung der Raumnot zuwende, sei die Überlegung anzustellen, ob im Wege der Autarkie oder einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft eine zukunftsreiche Lösung der deutschen Lage zu erreichen sei. ...

...Beteiligung an der Weltwirtschaft: Ihr seien Grenzen gezogen, die wir nicht zu beheben vermöchten. ... Da unser Außenhandel über die durch England beherrschten Seegebiete führe, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transports als eine solche der Devisen, woraus die große Schwäche unserer Ernährungssituation im Kriege erhelle.

Hier war wohl der Erste Weltkrieg angesprochen.

Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende, Abhilfe läge in der Gewinnung größeren Lebensraumes, ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. ... Es handelt sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. ... Daß jede Raumerweiterung nur durch das Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, hat die Geschichte...bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. ...

Das Brechen von Widerstand, mit dem also gerechnet wird, bildet „ein Risiko“. Wenn unter „Brechen des Widerstandes“ nur das zu verstehen ist, was wohl gemeint war, nämlich Krieg, so ist als „das Risiko“ offenbar zu verstehen, daß ein solcher auch verloren werden kann.

... Für Deutschland lautet die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei. Als Gewinn dürfte wohl Raumgewinn gemeint sein?

Die deutsche Politik habe mit den beiden Hassgegnern England und Frankreich zu rechnen, ... Hassgegner! Ausgerechnet Hitler bezeichnet England als Hassgegner!

... Eine ernsthafte Diskussion wegen der Rückgabe von Kolonien an uns... Die Auffassung, daß das Empire unerschütterlich sei, teilt der Führer nicht. Die Widerstände gegen das Empire lägen weniger in den eroberten Ländern als bei den Konkurrenten. ...Neben dem englischen Empire

ständen schon heute eine Anzahl überlegener Staaten. ...Das Herausstellen der englischen Krone als Träger des Zusammenhalts des Empires sei bereits das Eingeständnis, daß das Weltreich machtpolitisch auf die Dauer nicht zu halten sei. Bedeutungsvolle Hinweise in diese Richtung seien:...

Also, während die Widerstände weniger in den eroberten Ländern liegen, zeigt sich wenige Worte später, daß das Weltreich machtpolitisch nicht zu halten ist, wozu dann als Beispiele Irland, Indien und Ostasien angeführt werden. Widersprüchlicheres läßt sich kaum ausdrücken.

... Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. ...

...Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluß zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der Fragen „wann“ und „wie“. Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden:

Fall 1: Zeitpunkt 1943 - 1945: Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten. ...Besonders der Geheimhaltungsschutz der „Sonderwaffen“ ließe sich nicht immer aufrecht erhalten. ...Wenn wir bis 1943/45 nicht handeln, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein „Schwächemoment des Regimes“ zu erblicken. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. ...

„Die Welt erwartet unseren Schlag“! Also kann man sie schlecht warten lassen. Welche „Sonderwaffen“ schon 1937 geheimgehalten sein wollten, war offenbar allen Teilnehmern bekannt, da niemand dazu eine Frage stellte. Und alles, weil eine Ernährungskrise - die Hitler auch noch als Schwächemoment des Regimes(!)“, also des Nationalsozialismus, darlegt - vor der Tür stand..

...Die Notwendigkeit des Handelns vor 1943/45 käme im Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2: Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, daß durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Sollte eine zweite Auflage der französischen Revolution stattfinden, so wäre damit der Zeitpunkt zum Losschlagen gegen die Tschechei gekommen. Der Logik der Aufzeichnung folgend, soll also das Raumproblem mit einem Angriff auf die Tschechei gelöst werden! Wo dort die angestrebten, landwirtschaftlich nutzbaren, freien Räume - zur Vermeidung einer Ernährungskrise - liegen, blieb das Geheimnis des Führers. Daß er auch nur gegen die Tschechei und nicht gegen die Tschechoslowakei handeln wollte, ist schon bemerkenswert.

Fall 3: Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, daß es gegen Deutschland nicht vorgehen kann. ... müssen in diesem Fall...die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen., um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten.

Demnach liegen in diesem Fall die „freien Räume“ nicht mehr in der Tschechei, die nur niederzuwerfen ist, sondern im Westen.

...Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland-Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden.... so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5 - 6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, daß eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelangt. ...und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.

Demzufolge war zunächst eine Zwangsemigration (wie? wohin? Hier wird offensichtlich schon auf

die Vertreibung der Deutschen nach dem Kriege hingewiesen als von ihnen selbst für andere geplant) vorgesehen. Weiterhin sollten also zumindest 6 tschechische Divisionen in die Wehrmacht integriert werden, was dann später niemals erfolgt ist.

...der Generaloberst brachte ferner zum Ausdruck, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen davon absehen müsse, seinen am 10./11. beginnenden Auslandsurlaubs durchzuführen. Diese Absicht lehnte der Führer mit der Begründung ab, daß die Möglichkeit des Konflikts noch nicht als so nahe bevorstehend anzusehen sei. ...

Eine solche Äußerung eines Oberbefehlshabers setzt voraus, daß er einen Auftrag erhalten hatte, dessen Erledigung er als sehr dringlich ansah. Nur ist in der gesamten Niederschrift nicht der geringste Hinweis auf eine Weisung („Grün“?) oder einen Auftrag enthalten!

Zusammenfassung:

Die gesamte Niederschrift kann entweder in vollem Umfang als Phantasieprodukt eingestuft werden, oder das ursprüngliche Original wurde nachträglich in erheblichem Umfang verändert. Das einzig Korrekte dürften Datum und Ort des Gesprächs sein.

Der Führer, nachdem er festgestellt hatte, *daß der Gegenstand der heutigen Besprechung von größter Bedeutung sei, er seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der deutschen außenpolitischen Lage auseinandersetzen wolle*, entwickelt eine perspektivische Ernährungskrise, die aus seiner Sicht nicht über den Einsatz von Devisen, sondern nur über den Zugewinn eines größeren Lebensraumes, also nicht den Zugewinn von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum, langfristig gelöst werden kann.

Und als solchen Raum sieht der Führer, wie er weiter ausführt, sowohl Österreich als auch die Tschechei an! Die Tschechei (nicht die Tschechoslowakei) und Österreich entsprechen demnach menschenleerem, landwirtschaftlich nutzbarem Raum! Und diese Menschenleere gedenkt der Führer dann noch dadurch zu steigern, daß er dort eine zwangsweise Emigration (Emigration wohin auch immer) durchführt, um anschließend, nach der Angliederung beider Staaten an Deutschland, die Neuaufstellung von 12 Divisionen zu erreichen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle (also auch zumindest 6 tschechische Divisionen). Damit wird auch deutlich, daß Hitler in diesem Vortrag tatsächlich immer nur von der Tschechei und nicht von der Tschechoslowakei sprach. Da dieses Vorhaben, welches bis 1943/45 zu Ausführung gebracht werden soll, keine Zustimmung der Hassgegner Frankreich und England finden werde, müsse auch eine kriegerische Auseinandersetzung zumindest mit Frankreich ins Auge gefaßt werden.

So also formulierte der Führer seine perspektivische Außenpolitik, der er auch noch den Charakter einer testamentarischen Anweisung gab, für die nächsten 1-2 Generationen.

Die Dringlichkeit dieser Aufgaben war für den Generaloberst von Fritsch dann so überzeugend, daß er spontan seinen 5 Tage später beginnenden Urlaub verschieben wollte.

Wären nicht die seherischen Fähigkeiten im Hinblick auf die Tschechei enthalten, so müßte ein solches, vor logischem Unsinn strotzendes und jeglichen Zusammenhang entbehrendes, Pamphlet, in dem wohl eher die Sitzung einer forensischen Klinikgruppe protokolliert wurde, als kindlicher Unfug abgetan werden. Aber so ist es eines der wichtigsten Dokumente in den Archiven der Bundesrepublik Deutschland, aus denen der Wille des Deutschen Reiches zur Inszenierung des Zweiten Weltkriegs und solchen „Randerscheinungen“ wie Vertreibung abgeleitet wird!

Dieses so Bedeutsame wird im November 1937 von Hitler einem rein militärischen Teilnehmerkreis vorgestellt, ohne jede Beteiligung der politischen Führungsebene, insbesondere ohne jede Beteiligung der zuständigen SS-Führung.